Auch Nordrhein-Westfalen stimmte der Bundesratsinitiative aus Bayern zu

Rentengerechtigkeit bei Spätaussiedlern: „Der Ball liegt in der Hälfte von Minister Hubertus Heil“

Foto: Bayerische Staatskanzlei

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Bundesrat

Düsseldorf. Die OMV der CDU NRW hat den Beschluss des Bundesrates begrüßt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die rentenrechtliche Vorgaben bei Spätaussiedlern neu zu bewerten. „Mit der Zustimmung zum Entschließungsantrag des Freistaates Bayern wurde auch ein Parteitagsbeschluss der CDU NRW umgesetzt, den die OMV initiiert hatte. Darin wurde unsere Mutterpartei aufgefordert, sich für eine verbesserte Anrechnung der im Herkunftsland erworbenen Rentenansprüche einzusetzen. Dies haben wir mit Hinblick auf drohende Altersarmut bei Spätaussiedlern getan“, erklärt OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Mit der Kappung der maximalen Entgeltpunkte aus Zeiten nach dem Fremdrentengesetz (FRG) sei eine Situation entstanden, in der viele Betroffene eine Rente unter Grundsicherungsniveau bekommen. Diese Benachteiligung zu beseitigen sei schon länger Ziel der OMV der CDU NRW. Hendriks: „Deshalb war es für uns ein Meilenstein, dass sich die Unionsparteien in ihrem Regierungsprogramm 2017 unmissverständlich dazu bekannt haben, die Benachteiligungen deutscher Spätaussiedler im Rentenrecht zu beseitigen“. Nachdem die Formulierungen im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD für die OMV nicht befriedigend waren, sei der jetzige Beschluss des Bundesrates ein klarer Arbeitsauftrag an das von der SPD geführte Ministerium für Arbeit und Soziales. Bundesminister Hubertus Heil sollte sich mit Nachdruck um eine Lösung bemühen. Vorschläge dafür lägen bereits auf dem Tisch. „Daher sollte es möglich sein, im Sinne der Betroffenen einen vertretbaren Vorschlag zu erarbeiten und spätestens bis zum Ende der Legislatur umzusetzen.“

Fordert eine Lösung: Heiko Hendriks

Der letzte „Mauertote“: Vor 30 Jahren beendeten zwei Kugeln Chris Gueffroys Hoffnung auf Freiheit

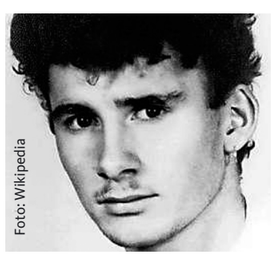
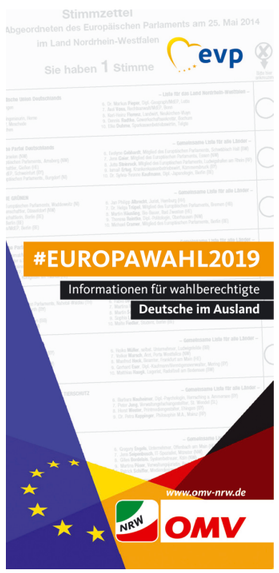


Foto: Wikipedia

Berlin. Mit zwei Kugeln beendeten DDR-Grenzsoldaten Chris Gueffroys Hoffnung auf Freiheit. In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1989 hatte der 20jährige mit seinem Freund versucht, über den Britzer Verbindungskanal vom Ost- in den Westteil Berlins zu gelangen. Es fehlten nur noch wenige Meter, als die beiden Flüchtlinge vom DDR-Grenzschutz entdeckt wurden. Die Soldaten eröffneten sogleich das Feuer. Von 22 Kugeln trafen zwei Chris Gueffroy, eine mitten ins Herz. Er verstarb noch an Ort und Stelle. Sein Freund wurde schwer verletzt verhaftet. Die Grenzsoldaten wurden mit je 150 Mark Prämie ausgezeichnet. Nach der Wende wurden drei der vier Grenzschützer freigesprochen. Die Strafe für den Todesschützen wurde vom BGH auf zwei Jahre Haft mit Bewährung herabgesetzt. So musste keiner eine Haftstrafe verbüßen.

Europawahl: Informationen über Wahlrecht fürAuslandsdeutsche

Düsseldorf. Bei der Europawahl 2019 wird es auf jede Stimme ankommen. „Das Chaos um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zeigt, was passieren kann, wenn die europäische Politik in die Hände von Populisten fällt“, warnt OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Deshalb kämpfe auch die OMV in Nordrhein-Westfalen um jede Stimme. Mit einem eigenen Zielgruppenflyer sollen Deutsche im Ausland dazu animiert werden, an den Europawahlen teilzunehmen. So haben die Deutschen in Polen zum Beispiel keinen eigenen Europakandidaten aufgestellt. „Für Sie kann es daher eine Alternative sein, statt in Polen, in Deutschland an den Wahlen teilzunehmen. Wie das geht zeigen wir in unserem Flyer“, so Hendriks. Das wichtigste sei jedoch, dass die Menschen an der Wahl teilnehmen und proeuropäisch wählen.



OMV-NRW REPORT

www.omv-nrw.de

Informationsmagazin der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen | Ausgabe 01/2019

Lehrpläne und Schulbücher müssen auf den Prüfstand
...Seite 2

Foto: Wikipedia

Vertriebene setzten Akzente für Demokratie und Europa
...Seite 3

Foto: privat

Rente: Der Ball liegt in der Hälfte von Minister Hubertus Heil
...Seite 4

Rückenwind für die Forderung der OMV Nordrhein-Westfalen

Europa geht nicht ohne Minderheiten: FUEN unterstützt Ruf nach einem Minderheitenkommissar

Foto: FUEN

OMV-Landesgeschäftsführer Sebastian Wladarz (rechts) beim Forum der Minderheitenregionen der FUEN in Bozen

Düsseldorf. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU Nordrhein-Westfalen erhält Rückenwind für ihre Forderung, die Minderheitenrechte stärker im Recht der Europäischen Union zu verankern und für Minderheitenrechte, Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt einen eigenen Kommissar einzusetzen. Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) als größter Dachverband von Minderheiten hat dies nun offiziell schriftlich unterstützt. „Die FUEN vertritt schon seit längerem die Forderung nach einem eigenen Kommissar für Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielfalt und nationale Minderheiten in der EU-Exekutive“, heißt es in dem Brief aus Flensburg. Nicht nur die Tatsache, dass etwa 50 Millionen Unionsbürger einer autochthonen oder sprachlichen Minderheit angehören, sei ein starkes Argument für diese Forderung. „Zudem kann die gezielte Förderung der Sprachenvielfalt in Europa, allen voran von Minderheiten- und Regionalsprachen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und somit auch zum Wirtschaftswachstum in den (Grenz-)Regionen Europas beitragen“, heißt es im Schreiben der FUEN. OMV-Landesgeschäftsführer Sebastian Wladarz kann als Teilnehmer und Referent des letzten Forums der Minderheitenregionen in Bozen bestätigen: „Die Konferenz hat gezeigt, dass Regionen mit starken Minderheiten und einem guten Minderheitenbildungswesen eine überdurchschnittlich gute wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität aufweisen. Ein sehr gutes Beispiel im deutschsprachigen Raum ist die Region Südtirol“.

Die Unterstützung kommt auch von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM). Deren Vorsitzender Bernard Gaida hat das Unterstützerschreiben mit unterschrieben. Gaida ist seit vielen Jahren Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Minderheit in Polen. „Das sind genau die Menschen, um die wir uns als OMV explizit kümmern“, sagt OMV-Landeschef Heiko Hendriks.

OMV-Landesgeschäftsführer Sebastian Wladarz (rechts) beim Forum der Min-

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schle

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Mitglieder des neu gewählten Landesvorstandes

Geschäftsführend

Landesvorsitzender
Heiko Hendriks

Stellv. Landesvorsitzende
Rüdiger Goldmann
Maria-Theresia van Schewick
Rüdiger Scholz MdL
Stephan Wehmeier
Heinrich Zertik

Schriftführer
Sebastian Wladarz

Schatzmeister
Alfred Kottisch

Beisitzer
Katharina Lackmann
Werner Jostmeier
Stephan Rauhut
Prof. Jürgen Vollradt

Erweitert

Elimar Schubbe
Dr. Andreas Schröder
Rainer Klöpper
Stefan Koch
Dieter Zank
Maximilian Lietz
Damian Spielvogel
Lydia Grüner
Franck Schneider
Dietmar Schulmeister
Sarah Beckhoff
Ute Grun
Karin Wilke
Norbert Wormuth
Berit Zalbertus
Florian Fackler
Marc Müller
Helmut Nowak
Michele Schulte
Volker Braun

Sieben Persönlichkeiten aus den Ostprovinzen im Parlamentarischen Rat

70 Jahre Grundgesetz: Heimatvertriebene setzten Akzente für Demokratie und vereintes Europa

Foto: DBT/Schüring

Foto: Wikipedia (KAS/ACDP)

Auch Vertriebene arbeiteten an der neuen Verfassung für Deutschland mit

Als das vom Krieg zerrüttete Deutschland wirtschaftlich und moralisch am Boden lag, standen in Bonn am Rhein Frauen und Männer auf und machten sich daran, für ein neues und demokratisches Deutschland eine Verfassungsordnung zu erarbeiten. Unter diesen Frauen und Männern waren auch Persönlichkeiten aus den deutschen Ostprovinzen, die 1945 unter polnische Verwaltung gestellt worden waren. An dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – es sollte eigentlich ein Provisorium werden – arbeiteten insbesondere zwei Vertreter aus der nordrhein-westfälischen Paten- und Partnerregion Oberschlesien. Hans-Christoph Seebohm kam aus Emanuelssegen in Landkreis Pleß. Der Christdemokrat und spätere Bundesminister sowie Vizekanzler weist bis heute die längste ununterbrochene Amtszeit als Bundesminister auf. Im Parlamentarischen Rat hat er die These vertreten, dass sich das verfassungspolitische Handeln, aufbauend auf der Idee des Föderalismus, an der Errichtung eines europäischen Staatenbundes orientieren müsse. Für ihn waren nicht mehr Grenzverschiebungen, sondern deren Aufhebung das Ziel. Das war schon damals ein starker Gedanke in Richtung eines vereinten Europas ohne Grenzen, den Helmut Kohl später, wie kaum ein anderer, weiterverfolgt hat. Sein Landsmann Willibald Mücke aus Buchenhöh im Landkreis Groß Strehlitz zielte stark auf den Begriff der Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen. Daher setzte er sich stark dafür ein, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge auch umfassend auf der Seite des Bundes liegen sollte. Auf ihn geht auch die in Art. 3 Abs. III GG enthaltene Wendung zurück, dass niemand "wegen seiner Heimat und Herkunft" benachteiligt werden darf. Hans-Christoph Seebohm und Willibald Mücke, genauso wie andere Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die aus dem ehemaligen deutschen Osten kamen, stehen damit für das, was viele Millionen Vertriebener und Flüchtlinge nach der Ankunft in ihrer neuen Heimat gemacht haben: Sie sind aufgestanden und haben kräftig angepackt. Trotz der frischen, traumatisierenden Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust haben sie dieses Land wieder aufgebaut sowie Grundsteine für ein friedliches, vereintes Europa gelegt. Zum 70. Geburtstag der Bundesrepublik ist dies allemal eine Erinnerung wert.

Personen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen, die im Parlamentarischen Rat mitwirkten

① **Gerhard Kroll** (Breslau, Niederschlesien)
② **Hermann Runge** (Konradsthal, Niederschlesien)
③ **Paul Löbe** (Liegnitz, Niederschlesien)
④ **Willibald Mücke** (Buchenhöh, Oberschlesien)
⑤ **Hans-Christophn Seebohm** (Pleß, Oberschlesien)
⑥ **Rudolf Katz** (Falkenburg, Pommern)
⑦ **Max Reimann** (Elbing, Westpreußen)

Dr. Markus Pieper: Von Platz zwei aus wieder nach Brüssel!

Münster. Der Münsterländer Europaabgeordnete und OMV-Mitglied Dr. Markus Pieper wurde von der Landesvertreterversammlung in Siegburg auf Platz 2 der Landesliste für das Europaparlament gewählt. Damit ist der bisherige parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion ganz sicher auch in der nächsten Wahlperiode in Brüssel und Straßburg vertreten. „Wir freuen uns über diesen Spitzenplatz und gratulieren Markus Pieper, der immer wieder unsere Anliegen unterstützt“, sagt OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks.

Foto: Büro Markus Pieper MdEP

IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: sebastian.wladarz@cdu.nrw
Fotos, soweit keine Angabe (c) Sebastian Wladarz

Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.OMV-NRW.de
Twitter:
@OMVNRW